

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Dr. Peter Glotz MdB zur Notwendigkeit, eine große Koalition zu verhindern: Plädoyer für eine Ampelkoalition.

Seite 1

Dr. Gerhard Schmid MdEP zu den Plänen des Bundesinnenministers zum Ausbau der "modernen Grenze": Wie Seiters Deutschland weltweit in Verruf bringt.

Seite 4

Ulrich Maurer MdL zur Pflicht der SPD, einen sozialgerechten Solidarpakt durchzusetzen: Soziale Probleme nicht der Bundesregierung überlassen.

Seite 6

48. Jahrgang / 4

7. Januar 1993

### Plädoyer für eine Ampelkoalition

**Zur Notwendigkeit, eine große Koalition zu verhindern \***

Von Dr. Peter Glotz MdB

Es gibt inzwischen eine harte Rechte in Deutschland, die politische Vetomacht erlangen könnte. Das hat es seit Anfang der fünfziger Jahre niemals mehr gegeben. Wenn die Deutschen im Lauf eines Jahrzehntes nicht wieder zum Haßobjekt ganz Europas werden wollen, dann dürfen sie jetzt nicht verharmlosend auf Le Pen in Frankreich, auf Umberto Bossi in Italien, auf den Vlaams Blok in Belgien hinweisen, sondern müssen die Neue Rechte entschlossen wieder in die Nische der Bedeutungslosigkeit zurückscheuchen!

Die Neue Rechte hat unterschiedliche Erscheinungsformen. Da gibt es den Rechtsextremismus; zum Beispiel 4.500 rechtsextremistische Skins in Deutschland, 1.500 im Westen, 3.000 im Osten. Nimmt man alle rechtsextremistischen Kader zusammen, dann kommt man auf 50 bis 60.000; soviel, wie es linksextremistische Kader in der Hochzeit von Bader-Meinhof, der Bewegung 2. Juni und den Revolutionären Zellen gab. Seit den gräßlichen Morden von Mölln bekämpft der Bundesinnenminister alle Versuche, diese rechtsextremistischen Kader bundes- oder landesweit zu organisieren wirkungsvoll und mit den richtigen Mitteln. Ich habe dazu nur zu bemerken, daß diese Zielstrebigkeit sofort nach den Rostocker Krawallen notwendig geworden wäre. Es ist schlimm, daß einige unserer Sicherheitsorgane offensichtlich eine ganze Reihe von Brandanschlägen auf Asylbewerberheime gebraucht haben, bis sie sich einen Ruck gaben und das taten, was von vornherein notwendig gewesen wäre!

Dann gibt es den Rechtspopulismus, die Parteien von Franz Schönhuber und Gerhard Frey. Sie distanzieren sich vom gewalttätigen Rechtsextremismus. Selbst der schlimmere von beiden, Gerhard Frey, läßt Skins, wenn er sie bei seinen großen Jahrestreffen in der Nibelungenhalle in Passau irgendwo in einer Ecke entdeckt, sofort aus dem Saal weisen. Aber natürlich profitiert der Rechtspopulismus vom Rechtsextremismus. Wenn das deutsche Bürgertum Angst bekommt, dann läuft es zu denen, die law and order versprechen. Die

\* Dr. Peter Glotz MdB entwickelte diese Analyse in seiner Dreikönigsrede in München. Wir veröffentlichen daraus Auszüge.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verwendete Papiere  
mit maximaler Recycling-  
Rate



Denkfigur lautet: Wir haben nichts gegen Türken, die Türkei den Türken, aber Deutschland den Deutschen! Die Versprechung des Rechtspopulismus lautet: Wir nehmen die Skins am Kanthaken, aber wir beenden auch jeden Zuzug von Ausländern. Die Antwort der Demokraten an diesen Populismus muß lauten: Ihr seid Schwadronneure. Wir üben Rechtsstaatlichkeit gegen Jedermann, auch gegenüber Skins und wir wissen, zum Beispiel von der Industrie, daß das geburtenschwache Deutschland Zuzug braucht. Die Ausländerbeschäftigung bringt den Deutschen jährlich einen Reinertrag von 13 Milliarden Mark. Viele Zweige von Wirtschaft oder Dienstleistung würden ohne die Beiträge ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammenbrechen. Wer so daherschwätzt wie Ihr, der schadet uns allen!

Und dann gibt es noch die feinere Fraktion der neuen deutsche Rechten. Ich warne davor, sie zu unterschätzen, die Zeitschriften wie "Criticon", "Staatsbriefe" oder "Mut". Sie leiten ihre Argumente von einer großen Tradition ab, von der Kulturdiagnose Friedrich Nietzsches, vom Existenzialismus Martin Heideggers, von den Elitetheorien Gaetano Moscas oder aus den Frühschriften Ernst Jüngers. Längst ist dieses Gedankengut in studentische Verbindungen vorgedrungen, in Lebensformzirkel und religiöse Sekten. Die eintönig wiederholte Lüge, in Auschwitz seine keine Juden vergast worden, hatte niemals eine Mehrheitschance. Ob das für die Nationalrevolutionären in gleicher Weise gilt, ist ganz unsicher. Wir müssen begreifen: Die Delegitimierung des Nationalismus in den Jahren zwischen 1945 und 1989 ist beendet. Der Föderalismus wird als Provinzialismus verhöhnt, Sehnsucht nach der Normalisierung greift um sich und manchmal redet irgendein Publizist schon vom großen Deutschland; noch nicht von Großdeutschland, aber immerhin, in dieser Situation ist Unruhe die erste Bürgerpflicht. Nicht irgendjemandes Unruhe, unsere Unruhe!

Ich formuliere drei Forderungen zur systematischen Bekämpfung der harten Rechten in Deutschland:

- Erstens: der Rechtsextremismus muß mit polizeilichen Mitteln zerschlagen werden. Wir sind mit einem Extremismus fertig geworden, der sich links gab, wir werden auch mit einem Extremismus fertig werden, der von rechts kommt. Was die Neuen Bundesländer betrifft, bedarf es bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus im übrigen auch institutioneller Mittel. Ich erinnere mich, daß ich auf einem bayerischen Landesparteitag einmal der Forderung der Jungsozialisten nach der Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz widersprochen habe. Um so weniger Schwierigkeiten habe ich jetzt deutlich zu sagen: Wir brauchen auch in den Neuen Bundesländern Verfassungsschutzorgane, die wirksam genug sind, um in allen Städten Quellen zu führen und die Szene genau zu beobachten. Der Rechtsextremismus ist mit polizeilichen Mitteln zu besiegen, man muß ihn aber auch besiegen wollen!

- Zweitens: Besonderes Augenmerk müssen wir den Grenzbereichen zwischen Republikanern und CDU/CSU widmen. Inzwischen bilden sich da und dort in der Union rechte Zirkel. Sie sollen verhindern, daß Wähler zu den Republikanern weglaufen. Man kann aber mit den Argumenten Schönhubers Schönhuber nicht verhindern! Wir sollten den ehrlichen Kampf von Leuten wie Rita Süßmuth und Heiner Geißler gegen die Rechtsausleger der Union - und gerade der CSU - unterstützen, und zwar nicht hämisch und rechthaberisch, sondern ernsthaft und wirkungsvoll!

- Drittens: Und alle Demokraten sollten dem Vordringen der Neuen Rechten in der intellektuellen Welt Aufmerksamkeit schenken. Ich frage mich zum Beispiel, warum es die deutsche Linke einerseits den christlichen Kirchen, andererseits den nationalen Verbindungen überläßt, Keme von jungen Leuten zu bilden, die für ganz bestimmte Ideen einstehen und sie über die Generationen transportieren. Warum gibt es keine studentische Verbindung, die europäische Ideen vertritt: Mehrsprachigkeit, interkulturelle Toleranz, universell geltende Normen? Warum kümmern wir, die ältere Generation uns so wenig, jedenfalls so wenig systematisch um die jüngere? Warum gibt es nur noch so selten Männer, wie es Waldemar von Knoeringen gewesen ist, der viele tausend Stunden seines Lebens dem

Einzelgespräch mit Zwanzig- oder Fünfundzwanzigjährigen gewidmet hat? In der Bonner Republik war diese Nonchalance schon falsch, aber vielleicht noch verstehbar. Heute sage ich: Wir versündigen uns, wenn wir die Endzwanziger oder die Anfangsdreißiger dem Widerwillen überlassen, den unsere hergebrachten Organisationen bei ihnen auslösen. Machen wir uns bitte klar: Wenn jemand heute jung und gut ist, dann geht er eher zu Amnesty International als zur SPD. Wenn jemand jung und gut ist, dann geht er eher zu BMW als zur CSU. Das darf nicht so bleiben und das kann nur geändert werden, wenn wir uns ändern.

\*\*\*

Ich schließe wie immer mit der Frage, ob die Sozialdemokratie eine Politik machen wird, die sich den analysierten Problemen stellt? Ich möchte sagen, daß ich bei der Beantwortung dieser Frage heute optimistischer bin als vor einem Jahr.

Wenn Sie mich fragen, warum, dann antworte ich zuerst einmal: weil sich die engere Führung der SPD offensichtlich gefunden hat. In den Debatten der letzten Monate hat sich gezeigt, daß sich Björn Engholm, Oskar Lafontaine und Hans-Ulrich Klose nicht mehr gegenseitig befeuern, sondern daß sie zusammen handeln. Ich wünsche mir, daß das im kommenden Jahr so bleibt. Zusammen mit dem Gott sei dank wieder genesenen Johannes Rau hat die SPD jetzt eine erfahrene und geschlossene Spitze. Jetzt heißt es, Nummer Eins bestimmen, ein Team bilden und klar machen, was klar zu machen ist: Diese Regierung ist in sich gespalten. Sie hat, wie nicht nur die brennenden Asylantenheime in allen möglichen Teilen unseres Landes beweisen, die Lage nicht mehr in der Hand. Im Jahr 1993 hat die SPD die Chance, im Bewußtsein der Menschen zur selbstverständlichen Alternative für diese Regierung zu werden. Wir sollten diese Chance ergreifen!

Auf diesem Weg lauert aber eine Gefahr. Die Probleme, die auf uns zukommen, sind weiß Gott ernst, ernster zum Beispiel als in den Jahren 1966 bis 1969. Deswegen spielt mancher auch mit dem Gedanken einer großen Koalition. Ich fürchte, daß eine solche Elefantenhochzeit den Bundestag zersplittern würde. Die Perspektive einer großen Koalition treibt SPD-Wähler in die Arme der Grünen und CDU/CSU-Wähler in die Arme der Republikaner. Wir könnten leicht in eine italienische Lage geraten: Die beiden großen Parteien um dreißig Prozent und im übrigen noch weitere vier oder fünf Fraktionen, darunter zehn Prozent Rechtspopulisten. Wir sollten eine solche Situation nicht herbeireden.

Ich mache keine Taktik! Ich schenke reinen Wein ein. Ich sage: Ich fürchte, daß es 1994 weder zu einer Koalition CDU/CSU plus FDP noch zu einer Koalition SPD plus FDP reichen wird. Also trete ich dafür ein, den Versuch zu machen, eine Ampelkoalition auf Bundesebene zustande zu bringen. Wir müssen den Anspruch erheben, die CDU/CSU nach zehnjähriger Regierungszeit wieder auf die Oppositionsbänke zu verweisen und ihr die Aufgabe zu übertragen, in der Opposition den Rechtspopulismus unter fünf Prozent zu reduzieren.

Natürlich, auch ich weiß nicht, ob es der SPD gelingen kann, die weit auseinanderliegenden Parteien Grüne und FDP auf ein gemeinsames Regierungsprogramm zu verpflichten. Insofern kann sich niemand endgültig festlegen. Es wird bitterschwer sein, mit den Grünen eine realistische Ausländerpolitik und mit der FDP eine realistische Industriepolitik zu betreiben. Aber umgekehrt ist es ja nicht leichter! Weiß denn irgendjemand, ob es möglich sein wird, mit der CDU das Demonstrationsstrafrecht liberal zu halten und mit der CSU eine Doppelstaatsbürgerschaft einzuführen? Was immer auch geschieht: Das falscheste in der jetzigen Situation wäre meiner Auffassung nach das alternativlose Zumarschieren auf eine große Koalition! Was ich gegen ein solches alternativloses Zumarschieren tun kann, das werde ich tun!

\*\*\*

Ich verlasse das Terrain der politischen Taktik wieder und kehre zurück auf meine Tour d'horizon. Machen wir uns klar: Deutschlands Rolle hat sich verändert. Das bleibt richtig, auch wenn es die Rechte ist, die es täglich stolz beteuert. Seltsam genug: Es war nicht unsere Absicht, unser Wille. Auch Kohl ist viel zu pragmatisch, ich hätte fast gesagt: viel zu vernünftig, als daß er sich je das Ziel gesetzt hätte, Deutschland wieder zur Weltmacht zu machen. Aber Rußland ist zerspalten und zerquält, ob Clinton die USA auffangen kann, weiß man nicht, England ist schwerkrank, Osteuropa zerfällt in höchst gefährdete Kleinstaaten. Bleiben, für unsere Region, ein paar westeuropäische Staaten, um den Kern Frankreich und Deutschland. Werden sie die Zeichen der Zeit erkennen?

Es mag uns gefallen oder nicht: Viele in der Welt schauen auf die Deutschen. Kaum einer zweifelt, daß wir in einem Jahrzehnt die ökonomischen Probleme der Vereinigung verdaut haben. Aber viele fragen, ob wir ein bewohnbares Land bleiben, bewohnbar für die Deutschen unterschiedlichster Prägung, bewohnbar auch für Ausländer. Viele sorgen sich um den Einfluß von Rechtsradikalen. Viele erwarten von uns wirtschaftliche Hilfe. Viele wollen, daß wir unsere Sozialpolitik zum Exportartikel machen. Wir müssen aufpassen, daß wir uns durch all diese Erwartungen nicht wieder in eine Sonderrolle drängen lassen.

Ich sage sehr oft ausländischen Freunden und Beobachtern: Erwartet nicht zuviel von den Deutschen. Zwei Geschichtsbrüche in einem Jahrhundert verarbeiten sie nicht so leicht. Die Mehrheit unseres Volkes sehnt sich mehr nach Frieden und Sicherheit als nach großen Taten! Wir wollen weder Vorbild noch Weltpolizist sein, nur Partner unter Partnern, nicht zuviel geliebt, nicht zuviel gehaßt.

Hier aber, vor Landsleuten, in meiner zweiten Heimat, in meinem Wahlkreis, sage ich: das wiedervereinigte Deutschland ist zu groß für ein Europa der Nationalstaaten. Wenn wir nicht in den Ruf geraten wollen, ein deutsches Europa zu wollen, müssen wir ein europäisches Deutschland schaffen. Die Deutschen müssen der Motor der europäischen Integration bleiben! Ich weiß, ein großes Land kann seiner Rolle nicht entfliehen, aber seiner Geschichte auch nicht. Es geht wieder einmal darum, die Fahrinne zu finden, die zwischen Scylla und Charybdis hindurchführt.

(-17. Januar 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Wie Seiters Deutschland weltweit in Verruf bringt**  
**Zu den Plänen des Bundesinnenministers zum Ausbau der "modernen Grenze"**

**Von Dr. Gerhard Schmid MdEP**  
**Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten**

Die Pläne des Bundesinnenministers, Deutschlands Grenze zu Polen und der Tschechischen Republik mit elektronischen Warngeräten "Flüchtlingssicher" zu machen, sind unzweckmäßig und politisch instinktlos. Rudolf Seiters Plan von einer modernen Grenze wird Deutschland international in Verruf bringen. Infrarot- und Radarfallen ersetzen keine wirksame Fluchtvermeidungspolitik und bergen die Gefahr schrecklicher Eskalationen in sich.

Stattdessen ist zu fordern:

- o Haftstrafen gegen Schlepperorganisatoren und Unternehmer in Deutschland und den anderen EG-Ländern, die illegale Einwanderer beschäftigen.
- o Eine Politik, die die Ursachen der Flüchtlingsströme engagiert und zielorientiert an den Quellen bekämpft. Dazu ist das freie Europa und in besonderer Weise die Europäische Gemeinschaft aufgefordert. Deshalb müssen sich die EG-Außenminister mit diesem Thema vordringlich befassen und unseren Nachbarn praktikable Angebote unterbreiten. Dazu gehört letztlich auch ein Zuwanderungsgesetz für die EG.

Die Wirksamkeit der angekündigten Maßnahmen ist zweifelhaft. Ich verweise auf die Erfahrungen mit der sogenannten "sicheren" Grenze zwischen USA und Mexiko. Auch sie hat sich letztlich als unwirksam erwiesen.

Die Pläne der unionsgeführten Bundesregierung sind unlogisch und verwirrend. Obwohl ihr bekannt war, daß mehr als die Hälfte aller Asylbewerber letztlich keine ausreichenden Gründe für ihren Antrag geltend machen können, haben die Unionsparteien jahrelang die Kampagne gefahren, daß nur eine Änderung des Grundgesetzes, das Problem lösen könne. Wozu nun aber der ganze Spuk an der Grenze, wenn doch bis vor kurzem die Verfassungsänderung das Allheilmittel war?

Das politische Denken von Seiders und der CDU/CSU ist nicht vom Bemühen bestimmt, mit politischen Mitteln einen friedlichen Interessenausgleich herzustellen. Er weigert sich ein Zuwanderungsgesetz vorzulegen. Stattdessen greift er lieber zu klassischen Mitteln von Machtpolitik, die sich letztlich als untauglich erwiesen haben.

Seiders will Technik gegen Menschen einsetzen. Flüchtlinge überzieht er praktisch mit einer Feinderklärung. Ein großer Teil dieser Grenzgänger will zweifellos deshalb nach Deutschland, weil sie sich ein besseres Leben im reichsten Teil der Welt erhoffen. Aber es dürften auch einige dabei sein, die ein gerechtfertigtes Asylbegehren vorbringen wollen. Auch sie will er im elektronischen Netz fangen. Oder rechnet er mit einem gewaltigen Zustrom illegaler Zuwanderer, die ohne Sozialhilfe in Deutschland ihr Auskommen suchen und sich deshalb bei den Behörden gar nicht melden werden? Er kann sicher sein, sie werden so oder so kommen. Und wenn er als nächstes die deutschen Erfahrungen und Spezialisten für Grenzbefestigungen mit schießbereiten Soldaten und Stacheldraht und Minen in Stellung bringen läßt.

Diesen Anfängen, eine Festung Europa zu entwickeln, die ein Zerrbild dessen wäre, was wir uns nach dem Zerfall des Stalinismus vorgestellt haben, muß mit Entschiedenheit gewehrt werden.

(-/7. Januar 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Soziale Probleme nicht der Bundesregierung überlassen  
Zur Pflicht der SPD, einen sozialgerechten Solidarpakt durchzusetzen**

**Von Ulrich Maurer MdL  
Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Baden-Württemberg**

Angesichts der sozialpolitischen Herausforderungen durch die Deutsche Einheit, den demographischen Wandel und dem Zusammenwachsen von Europa, reiten CDU/CSU und FDP auf den verstaubten ideologischen Ladenaufhängern der achtziger Jahre herum. Mit fadenscheinigen Zauberformeln wie "Stärkung der Eigenverantwortung" versucht die Bundesregierung von ihrer sozialpolitischen Konzeptions- und Tatenlosigkeit abzulenken.

Die Liste der Fehlleistungen und Versäumnisse ist lang: Die Bundesregierung verschleppt auf skandalöse Weise die seit langem überfällige Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung. Die taktische Rücksichtnahme auf den CDU-Wirtschaftsflügel und den Koalitionspartner FDP geht zu Lasten von pflegebedürftigen alten Menschen.

Wenn es um die Finanzierung des dringend notwendigen Solidarpaktes geht, fällt der Bundesregierung zuallererst eine Kürzung der Sozialhilfe ein. Solidarität kann nicht heißen, daß die Schwächsten zur Kasse gebeten werden. Zudem ignoriert die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien Hinweise aus den Bereichen der Freien Wohlfahrtsverbände, die auf eine wachsende Armut gerade bei Sozialhilfeempfängern hindeuten.

Entgegen vielfacher Empfehlungen von Experten, die besonders in Zeiten eines wirtschaftlichen Abschwungs zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik raten, kürzte die Bundesregierung in der 10. Novelle zum AFG in diesem Bereich massiv. Statt einer effektiven Arbeitsmarktpolitik wird Arbeitslosigkeit über steigende Beiträge zur Arbeitslosenversicherung finanziert. Dieselben Regierungsvertreter, die sonst ständig vor einem weiteren Ansteigen der Lohnnebenkosten warnen, haben keine Bedenken gegen steigende Beiträge in diesem Bereich.

Im Gesundheitswesen konnten erst auf Druck der SPD dringend notwendige Strukturreformen durchgesetzt werden. Ohne die Sozialdemokraten wäre das neue Gesundheitsstrukturgesetz genauso zu einem Rohrkrepiereier geworden wie die letzte mißglückte Blümsche Gesundheitsreform.

Fazit: Die sozialen Probleme sind viel zu ernst und dringlich, um sie dieser Bundesregierung zu überlassen. Es wird jetzt Aufgabe der SPD sein, einen Solidarpakt durchzusetzen, der auch sozial gerecht ist.

(-/7. Januar 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*